

Protokoll
über die 25. Sitzung des Ausschusses f. Stadtentwicklung u. Umwelt
vom 21.03.2019
Ratssaal, Hasestraße 11, 49565 Bramsche

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Ralf Bergander

Mitglieder SPD-Fraktion

Frau Roswitha Brinkhus
Herr Karl-Georg Görtemöller
Frau Anette Marewitz
Herr Oliver Neils

Vertreter für RM Neumann

Mitglieder CDU-Fraktion

Frau Monika Bruning
Herr Heiner Hundeling
Herr Andreas Quebbemann

Vertreterin für RM Rothert

Mitglieder Fraktion B 90/DieGrünen

Frau Barbara Pöppe

Mitglieder FDP-Fraktion

Herr Jürgen Kieseckamp

Vertreter für RM Staas-Niemeyer

Mitglieder Fraktion Die LINKE

Herr Bernhard Rohe

Bürgervertreter gem. § 71 (7) NKomVG

Herr Werner Hagemann
Herr Carsten Johannsmann
Herr Volker Schulze

Gäste

Herr Berlmann
Frau Angelika Huesmann
Herr Jordan
Herr Ralf Pröpper

Stadtwerke Osnabrück
IPW Ingenieurplanung GmbH & Co
Stadtwerke Osnabrück

Verwaltung

Herr LSBd Hartmut Greife
Herr BGM Heiner Pahlmann
Herr Wolfgang Tangemann
Herr Cornelis van de Water
Frau Susanne Wedler
Herr Guido Woelki

Protokollführerin

Frau Anna-Lena Tschöke

Abwesend:

Mitglieder SPD-Fraktion

Herr Torsten Neumann

Mitglieder CDU-Fraktion

Herr Ernst-August Rothert

Mitglieder FDP-Fraktion

Frau Anette Staas-Niemeyer

Beginn: 18:00 Ende: 21:59

Tagesordnung:

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- 2 Ergänzung/Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 22.01.2019
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Erläuterungen der Stadtwerke Osnabrück zum Antrag auf Errichtung einer Freiflächen-PV-Anlage am Wasserwerk Wittenfelde
- 6 Lärmaktionsplan 3.Stufe Stadt Bramsche WP 16-21/0564
- 7 Abschaffung Straßenausbaubeitragssatzung - Antrag CDU WP 16-21/0561
- 7.1 Anmerkungen der Verwaltung zum TOP "Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung - Antrag CDU" WP 16-21/0561-1
- 8 Straßenausbauprogramm Bramsche - Antrag CDU WP 16-21/0560
- 8.1 Erläuterungen der Verwaltung zum TOP „Straßenausbauprogramm Bramsche-Antrag der CDU" WP 16-21/0565
- 9 39. Änderung des Flächennutzungsplanes - Ortsteil Engter WP 16-21/0546
 - Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB
- 10 Bebauungsplan Nr. 172 "Linkenstraße" mit örtlichen Bauvorschriften WP 16-21/0547
 - Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB
- 11 Erlass einer Veränderungssperre für den Geltungsbereich des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes Nr. 172 "Linkenstraße" WP 16-21/0566
- 12 BBP Nr. 153 "Steingraberweg", 1. Änderung WP 16-21/0548
 - Satzungsbeschluss gem. § 10 Baugesetzbuch (BauGB)
 - Bezugsvorlage WP 16-21/0470
- 13 Vergaberichtlinien städtischer Baugrundstücke für Einfamilienhäuser WP 16-21/0556

- 14 Informationen
- 15 Anfragen und Anregungen
- 16 Einwohnerfragestunde

TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Vors. Bergander begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2 Ergänzung/Feststellung der Tagesordnung

Keine.

TOP 3 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 22.01.2019

Vors. Bergander lässt über den öffentlichen Teil des Protokolls vom 22.01.2019 abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

11 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Enthaltungen

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Eine Bürgerin findet die Erstellung eines Flächennutzungsplanes für den Bereich Linkestraße angemessen, ist nun jedoch überrascht, dass bereits ein Bebauungsplan erstellt werden soll.

LSBD Greife teilt mit, dass ein neuer Flächennutzungsplan aufgestellt wird. Dieses Vorhaben zieht sich über mehrere Jahre. Die Vorbereitungen für die Ausschreibung haben begonnen. Es handelt sich um ein Planverfahren, im Laufe des Verfahrens wird sich erst ergeben wie die finale Ausgestaltung aussehen wird.

Des Weiteren fragt die Bürgerin, wieso in der Beschlussvorlage nur einige Betriebe aufgeführt sind, das Mischgebiet aber eine viel größere Fläche einnimmt und daher auch mehr Betriebe umfassen müsste. Sie fragt sich, in welchem Gebiet die Befürchtung besteht, dass es sich zu einem reinen Wohngebiet entwickelt.

LSBD Greife teilt mit, dass eine genauere Erläuterung im weiteren Verlauf der Sitzung unter dem dafür vorgesehenen Tagesordnungspunkt erfolgt.

Des Weiteren fragt sich die Bürgerin, was passiert, wenn der Aufstellungsbeschluss gefasst ist. Als Beispiel führt sie das Verfahren am Dornsbergweg an. Zudem wünscht sie sich ein Mitgestaltungsrecht der Anlieger.

LSBD Greife versteht die Sorgen der Anlieger. Das Verfahren am Dornsbergweg hat sich so lange hin gezogen, weil wichtigere Projekte vorher abgearbeitet werden mussten.

Die Anlieger können sich sicher sein, dass der Plan mit dem notwendigem Nachdruck bearbeitet wird. Die Anlieger werden in das Verfahren zu einem späteren Zeitpunkt einbezogen. Zudem wird die Verwaltung mit den Gewerbetreibenden sprechen und eine Informationsveranstaltung durchführen. Es besteht jederzeit die Möglichkeit mit der Verwaltung Kontakt aufzunehmen.

Ein Bürger fragt sich, was ein Beschluss einer Veränderungssperre für Auswirkungen auf sein Grundstück hat. Er befürchtet, in der Zeit keine baulichen Veränderungen auf seinem Grundstück ausführen zu können.

LSBD Greife teilt mit, dass, dass Ausnahmen von der Sperre erteilt werden können, wenn der zukünftige Bebauungsplan damit nicht behindert wird.

Ein Bürger stellt eine Unterschriftenliste vor, auf der 25 Personen unterschrieben haben. Diese sind gegen den geplanten Aufstellungsbeschluss.

TOP 5 Erläuterungen der Stadtwerke Osnabrück zum Antrag
auf Errichtung einer Freiflächen-PV-Anlage am
Wasserwerk Wittenfelde

Herr Berlmann stellt die geplante Photovoltaikanlage am Wasserwerk im Wittefeld anhand einer Präsentation vor.

RM Kieseckamp merkt an, dass es in dem Gebiet auch Reptilien gibt und die Flächen, laut Beschluss des Landkreises Osnabrück, nicht mit Photovoltaikanlagen bebaut werden sollen.

Frau Husmann teilt mit, dass das IPW die erforderlichen Dinge mit dem Landkreis, als untere Naturschutzbehörde, abgesprochen hat. Es wird zukünftig auch vermehrt auf Reptilienvorkommen geachtet.

Vors. Bergander bittet die Fraktionen über das Thema zu sprechen und zu einem Ergebnis zu kommen, damit die Stadtwerke Osnabrück über das weitere Vorgehen informiert werden können.

TOP 6 Lärmaktionsplan 3.Stufe Stadt Bramsche WP 16-21/0564

Beschlussvorschlag:

Der Lärmaktionsplan der Stadt Bramsche wird beschlossen, wie er dem Protokoll beigelegt ist.

Herr Pröpper stellt den Bericht über die Stufe 3 des Lärmaktionsplanes anhand einer PowerPoint Präsentation vor.

Im Anschluss beantwortet Herr Pröpper die Fragen der Ausschussmitglieder.

Ergänzend zu Herrn Präppers Ausführungen, erläutert Herr v.d. Water die vorgegebenen Richtwerte

Vors. Bergander lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

11 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Enthaltungen

Ja 0 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 7 Abschaffung Straßenausbaubeitragssatzung - Antrag WP 16-21/0561
CDU

Vors. Bergander lässt über den TOP 7 und TOP 7.1 gemeinsam beraten.

RM Quebbemann stellt den Antrag und eine mögliche Finanzierung vor.

RM Neils sieht den Antrag kritisch, findet es aber gut, dass die Thematik angesprochen wird. Eine abrupte Abschaffung der Straßenausbaubeiträge würde zu einer Flut an Anträgen führen in denen Anlieger eine Erneuerung der Straßen fordern. Diesen Forderungen könnte die Verwaltung nicht nachkommen.

Um die Angelegenheit finanzieren zu können, sieht RM Neils nur die Möglichkeit, die Grundsteuer zu erhöhen. Er begründet dies anhand einer Beispielrechnung.

RM Neils sieht das bisherige Verfahren im Umgang mit Straßenausbaubeiträgen als positiv an, es sei nicht perfekt aber für alle Beteiligten annehmbar.

RM Pöppe sieht die Finanzierung nicht gegeben und will die Novellierung des Grundsteuergesetzes abwarten. Die Kosten nur von Grundstückseigentümern einzufordern ist nicht richtig. Sie sieht auch die Mieter in der Pflicht ihren Teil dazu beizutragen.

RM Quebbemann findet es notwendig mehr Geld zu investieren. Die Straßen seien in einem katastrophalen Zustand, da kein Anlieger die Beiträge bezahlen will.

Es gibt mittlerweile genug Gemeinden im Landkreis, die die Beiträge schon abgeschafft haben (z.B. Bohmte, Georgsmarienhütte). Es ist keineswegs gerecht, dass einige die Beiträge bezahlen und die Allgemeinheit die Straßen nutzen kann. Zudem seien die Kosten und die Zeit für die Ausarbeitung der Satzung zur Festsetzung der Gebühren und der Arbeitsaufwand für die Berechnung der Gebühren nicht zu unterschätzen. Bei einer Abschaffung der Straßenausbaugebühren würde dies alles wegfallen.

RM Neils merkt an, dass die Kreisumlage auch jederzeit wieder erhöht werden kann, wenn die Steuereinnahmen nicht mehr so eingenommen werden können wie bisher. Wie der Straßenausbau dann finanziert werden soll, ist spätestens dann fraglich.

RM Kieseckamp nennt den Ausbau des Grammelmoorwegs als Beispiel. Die Anwohner konnten so mit ins Boot genommen werden und ihre Wünsche für den Ausbau äußern. Wenn man nur nach Kassenlage der Verwaltung die Straßen ausbaut, dann wird es nie zu solch einem optimalen und für die Anwohner zufriedenstellendem Ergebnis kommen.

Vors. Bergander lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

4 Stimmen dafür
6 Stimmen dagegen
1 Enthaltung

Ja 0 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 7.1 Anmerkungen der Verwaltung zum TOP "Abschaffung
der Straßenausbaubeitragssatzung - Antrag CDU" WP 16-21/0561-1

TOP 8 Straßenausbauprogramm Bramsche - Antrag CDU WP 16-21/0560

Vors. Bergander schlägt vor den TOP 8 und Top 8.1 zusammen zu beraten.

RM Quebbemann stellt den Antrag vor.

RM Brinkhus sieht es als sinnvoll an, eine Liste mit den zu erneuernden Straßen zu führen. Es dürfte allerdings nicht außer Acht gelassen werden, dass manchmal unvorhersehbare Projekte dazwischen kommen können und der Ausbau der Straße zurück gestellt werden muss.

RM Neils sieht ein Kataster von 20 Straßen erst einmal als ausreichend an. Es ist ein hoher bürokratischer Aufwand, der nicht unterschätzt werden dürfe.

Vors. Bergander lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

11 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Enthaltungen

TOP 8.1 Erläuterungen der Verwaltung zum TOP WP 16-21/0565
„Straßenausbauprogramm Bramsche-Antrag der CDU"

TOP 9 39. Änderung des Flächennutzungsplanes - Ortsteil WP 16-21/0546
Engter
- Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB

Beschlussvorschlag:

1. Die 39. Änderung des Flächennutzungsplanes wird gem. § 2 Abs. 1 BauGB aufgestellt.
2. Für die Belange des Umweltschutzes nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 und § 1 a BauGB wird eine Umweltprüfung mit spezieller Artenschutzprüfung (SAP) und Eingriffsregelung durchgeführt. Dabei werden die voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt und in einem Umweltbericht beschrieben und bewertet.

3. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt wird, werden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 3 Abs. 1 BauGB unterrichtet und zur Äußerung auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgefordert.
4. Eine frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB wird durchgeführt.
5. Der Geltungsbereich liegt in den Fluren 11 und 12, Gemarkung Engter, und ist im beiliegenden Kartenausschnitt gekennzeichnet. Der wirksame Flächennutzungsplan soll im Geltungsbereich der 39. FNP-Änderung aufgehoben werden.

Vors. Bergander lässt über die Vorlagen der TOP 9-11 gemeinsam beraten.

LSBD Greife stellt die Vorlagen 546, 547, 566 vor.

Die wesentlichen Ziele des Verfahrens sind:

1. Beibehaltung und Fortentwicklung der dörflichen Entwicklung
2. Bewertung der Immissionssituation und evtl. Kontingentierung und Gliederung der Bauflächen
3. Erarbeitung eines verbindlichen rechtlichen Rahmens für Anwohner und Gewerbetreibende
4. Auflösung von Nutzungs- und Interessenkonflikten.

RM Quebbemann sieht an dieser Stelle keinen Regelungsbedarf. Zudem könnten die Kosten für Gutachten etc. gespart werden und die Verwaltung wird entlastet.

RM Neils sieht aufgrund der Streitigkeiten zwischen den Interessengruppen einen Bebauungsplan als notwendig an. Dadurch kann ein Kompromiss gefunden werden, der für alle annehmbar ist.

RM Pöppe sieht das Vorhaben zur Schaffung von Wohnraum positiv. Sie spricht sich für den Bau der Wohnungen aus.

RM Kieseckamp erinnert an eine ähnliche Situation ein paar Jahre zuvor. Damals wurde die Schaffung eines Bebauungsplanes abgelehnt um die dort ansässigen Gewerbetreibenden zu schützen. Nun ist die gleiche Situation wieder eingetreten. Er bittet alle Beteiligten nochmal darüber nachzudenken und evtl. gestellte Forderungen zurück zu ziehen.

BGM Pahlmann sieht an dieser Stelle einen Konflikt, der behoben werden muss. Um für die unterschiedlichen Interessen Klarheit und einen rechtlich einwandfreien Rahmen zu schaffen ist der Bebauungsplan unerlässlich.

Vors. Bergander lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

3 Stimmen dagegen
6 Stimmen dafür
2 Enthaltungen

Ja 0 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 10 Bebauungsplan Nr. 172 "Linkenstraße" mit örtlichen WP 16-21/0547
Bauvorschriften
- Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB

Beschlussvorschlag:

1. Der Bebauungsplan Nr. 172 „Linkenstraße“ wird gemäß § 2 Abs. 1 BauGB aufgestellt.
2. Für die Belange des Umweltschutzes nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 und § 1a BauGB wird eine Umweltprüfung mit spezieller Artenschutzprüfung (SAP) und Eingriffsregelung durchgeführt. Dabei werden die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt und in einem Umweltbericht beschrieben und bewertet.
3. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereiche durch die Planung berührt werden, werden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 3 Abs. 1 BauGB unterrichtet und zur Äußerung, auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgefordert.
4. Eine frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB wird durchgeführt.
5. Der genaue Geltungsbereich liegt in den Fluren 11 und 12 der Gemarkung Engter und ist im beiliegenden Kartenausschnitt kenntlich gemacht.

Vors. Bergander lässt über die Vorlage 547 abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

6 Stimmen dafür
4 Stimmen dagegen
1 Enthaltung

TOP 11 Erlass einer Veränderungssperre für den WP 16-21/0566
Geltungsbereich des in Aufstellung befindlichen
Bebauungsplanes Nr. 172 "Linkenstraße"

Beschlussvorschlag:

Die Veränderungssperre für den Geltungsbereich des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes Nr. 172 „Linkenstraße“ wird als Satzung beschlossen.

Die als Anlage beigefügte Satzung sowie die zeichnerische Darstellung des Geltungsbereiches sind Bestandteil dieses Beschlusses.

Vors. Bergander lässt über die Vorlage 566 abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

6 Stimmen dafür
3 Stimmen dagegen
2 Enthaltungen

TOP 12 BBP Nr. 153 "Steingräberweg", 1. Änderung WP 16-21/0548
- Satzungsbeschluss gem. § 10 Baugesetzbuch (BauGB)
- Bezugsvorlage WP 16-21/0470

Beschlussvorschlag:

Der Bebauungsplan Nr. 153 „Steingräberweg“, 1. Änderung wird nebst dazugehöriger Begründung als Satzung beschlossen.

Vors. Bergander lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

11 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Enthaltungen

TOP 13 Vergaberichtlinien städtischer Baugrundstücke für WP 16-21/0556
Einfamilienhäuser

Beschlussvorschlag:

Die in der Anlage beigefügten Vergaberichtlinien werden beschlossen. Vor Ablauf von drei Jahren nach Verabschiedung erfolgt eine Evaluierung, um aufgrund bis dahin gemachter Erfahrungen notwendige inhaltliche Änderungen vornehmen zu können.

Frau Wedler stellt die Vergaberichtlinien für städtische Einfamilienhäuser vor.

RM Quebbemann kritisiert den Vorschlag der Verwaltung.

Er beantragt über den Vorschlag der CDU-Fraktion zur Vergabe der städtischen Grundstücke abzustimmen.

Die Ratsmitglieder diskutieren ausgiebig über den Vorschlag der Verwaltung.

Vors. Bergander lässt über den Antrag der CDU abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

3 Stimmen dafür
7 Stimmen dagegen
1 Enthaltung

RM Quebbemann beantragt auf die Neufassung der Vergaberichtlinien zu verzichten und das bisherige Verfahren beizubehalten.

Vors. Bergander lässt über den Antrag von RM Quebbemann abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

3 Stimmen dafür

7 Stimmen dagegen
1 Enthaltung

Vors. Bergander lässt über die Vorlage 556 abstimmen.

RM Quebbemann möchte über die ursprünglich verschickte Vorlage mit der Ergänzung, dass die Ortsräte beteiligt werden abstimmen lassen.

LSBD Greife teilt mit, dass es keinen Sinn macht die Ortsräte mit einzuschalten da nicht über einzelne Personen entschieden wird.

Abstimmungsergebnis Vorlage 556 mit Streichung des Halbsatzes „durch den Ortsrat empfohlen und“ unter 2.5.

6 Stimmen dafür
4 Stimmen dagegen
1 Enthaltung

TOP 14 Informationen

Im Fachausschuss sind vor einigen Monaten Diskussionen über die Anlagenhöhe von weiteren Windkraftanlagen im Windpark Balkum/Hesepe geführt worden. Die DEPO-Energie aus Wallenhorst wollte den Windpark, der mit 150 m hohen Anlagen ausgestattet ist, um eine weitere Anlage mit 200 m Höhe ergänzen. Der Fachausschuss hat mehrheitlich empfohlen, eine Höhe von 150 m nicht zu überschreiten. Nach damaliger Aussage der DEPO rechneten sich solche Anlagen nicht. Die DEPO ist jetzt mit dem Wunsch an die Stadt herangetreten, eine 150 m hohe Anlage zu errichten. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen hätten sich geändert. Die Verwaltung wird dem Fachausschuss zeitnah Vorlagen für entsprechende Aufstellungsbeschlüsse vorlegen.

Die Bewerbungsfrist für den Investorenwettbewerb an der Breslauer Straße ist abgelaufen. Es liegen 4 qualifizierte Bewerbungen von Investoren und Architekten vor. Das ist angesichts des aufgeheizten Marktumfeldes eine gute Voraussetzung für die Durchführung des Wettbewerbes. Der Wettbewerb wird am 20.06. mit der Preisgerichtssitzung abgeschlossen.

Vors. Bergander teilt den Ausschussmitgliedern mit, dass am 11.06.2019 um 17:00 Uhr ein Ortstermin im Gehn stattfinden soll. Eingeladen ist auch der zuständige Förster sowie Vertreter des Landkreises. Er bittet die Ausschussmitglieder sich diesen Termin vorzumerken.

TOP 15 Anfragen und Anregungen

RM Quebbemann regt an das Baugebiet in Ueffeln weiter auszubauen und zeitnah für das Gebiet Aufstellungsbeschlüsse zu erstellen. Er bittet dieses Thema in einer der nächsten Ausschusssitzungen zu besprechen.

Zudem teilt RM Quebbemann mit, dass die Straßen, die durch die Umleitungen des Grünegräser Weges nun stärker frequentiert werden, ausgebessert werden müssen.

RM Marewitz fragt nach dem aktuellen Stand der wasserrechtlichen Genehmigungen im Bereich Engter/Lappenstuhl. Zudem fragt sich RM Marewitz, ob die letzte Firma nun auch die Unterlagen eingereicht hat.

LSBD Greife wird sich erkundigen und die Informationen an den Ausschuss weiter leiten.

TOP 16 Einwohnerfragestunde

Eine Bürgerin fragt nach, ob es aktuelle Zählungen der Fahrzeuge auf der L78 gibt.

LSBD Greife teilt mit, dass es in Kürze Zählungen an dieser Stelle geben soll.

Eine weitere Bürgerin fragt sich, ob es geplant ist, nördlich von der Venner Straße auf den Freiflächen, eine Bebauung anzustreben.

LSBD Greife teilt mit, dass dieser Bereich nicht von dem Bebauungsplan erfasst wird und somit an dieser Stelle auch keine Bebauung stattfinden soll.

Ein Bürger wünscht sich, dass zeitnah ein Bebauungsplan vorgelegt wird und dass zum Wohle aller Beteiligten gehandelt wird.

Vors. Bergander versichert dem Bürger, dass er es in seiner Amtszeit noch nie erlebt hat, dass ein aufgestellter B-Plan rechtswidrig war.

Ralf Bergander
Vorsitzender

Verwaltung

Protokollführer